

## Kapitalismus ist nicht Kapitalismus – ist nicht Kapitalismus – ist nicht Kapitalismus

### 7 Thesen zum Kongress »Ums Ganze – No Way out«

*Kendra Briken, Sonja Buckel, Dietmar Flucke, John Kannankulam, Jens Wissel*

*Vom 7. bis 9.12.2007 fand in Frankfurt/Main der von dem »Ums Ganze Bündnis« organisierte Kongress »No way out?« statt.<sup>1</sup> Das aus unterschiedlichen Antifa-Gruppierungen zusammengesetzte Bündnis hatte in seiner Nachlese zum G8-Gipfel in Heiligendamm konstatiert, dass »die Suche nach dem Ausweg (...) nur in antikapitalistischer Kritik und Praxis liegen (kann)«, dieses aber bedeute, »über Grundsätzliches zu reden, die Basiskategorien der bürgerlichen Gesellschaft, aber auch linke Gewissheiten in Frage zu stellen, Räume für emanzipatorische Auseinandersetzungen zu öffnen – um eine bestimmte Negation erst zu entwickeln.« Gesagt – getan: Plattform dieser Auseinandersetzungen sollte der Frankfurter Kongress werden, die Suchbewegung sich von »Wertkritik bis (Post)-Operaismus« anleiten lassen, da die Veranstalter\_innen davon ausgingen, »dass beide Theorieströmungen viel zu einer möglichen Bestimmung von Politik beitragen können und viele ihrer Ansätze eine radikale Staats- und Gesellschaftskritik nicht ausschließen«. Beiden Ansätzen gemeinsam ist, dass sie sich kritisch mit der Marxschen Werttheorie auseinandersetzen und für sich in Anspruch nehmen, diese weiter zu entwickeln. Aus der Perspektive des Postoperaismus heißt dies, das Wertgesetz als überholt anzusehen. Immaterielle Arbeit löse die Zurechenbarkeit des Mehrwerts zur Arbeitskraft zunehmend auf und berge zugleich durch die ihr inhärenten, nicht kontrollierbaren Formen der Kommunikation und Affektproduktion ein revolutionäres Potential, in Debatten zumeist unter dem Label »spontaner Kommunismus« sowie der »Multitude« zusammengefasst. Aus diesem Grund gilt der Postoperaismus im Verständnis des Bündnisses als »Grundlage interventionistischer Politikkonzepte«. Ganz im Gegensatz dazu insistiert die Wertkritik auf der Aktualität der Marxschen Analyse des Wertes, der abstrakten Arbeit und des Warenfetischs. Der Verwertungsprozess sei eine gesellschaftliche Maschine der Verwertung des Wertes, welche die Einzelnen unter sich subsumiere. Der Kapitalismus ist danach also die vermittelte Herrschaft abstrakter Verhältnisse, die nur durch eine grundlegende Transformation überwunden werden kann. Beide Theorierichtungen haben sich wiederum in unterschiedliche Strömungen ausdifferenziert. (Die Redaktion)*

Wir haben uns an den Diskussionen auf dem Kongress »No way out?« beteiligt und glauben, dass dort ein Anfang zu einer neuen Auseinandersetzung über radikale Kapitalismuskritik gemacht wurde. Die gute Nachricht ist also: Es gibt offensichtlich ein größer werdendes Interesse an einer grundlegenden Kritik der Verhältnisse sowie an einer theoretischen Reflexion der eigenen politischen Praxis in Heiligendamm und

<sup>1</sup> Informationen zum Bündnis, Audiomitschnitte und mehr unter [ugkongress.blogspot.de](http://ugkongress.blogspot.de); einen Bericht von Daniel Keil aus der jungle world gibt es nachzulesen unter [www.jungle-world.com](http://www.jungle-world.com)

anderswo. Erfreulich ist auch, dass auf einigen Veranstaltungen tatsächlich versucht wurde herauszuarbeiten, wo die Differenzen der unterschiedlichen Ansätze liegen.

Die schlechte Nachricht ist, dass einige Diskussionen den Eindruck entstehen ließen, dass politische Erfahrungen und theoretische Erkenntnisse, die in den letzten Jahrzehnten im Kampf um Emanzipation gemacht wurden, unberücksichtigt bleiben. Wir möchten aus diesem Grund einige für uns zentrale Punkte in Form von Thesen festhalten, hinter die die kritische Debatte unserer Ansicht nach nicht zurückfallen darf. Gerade weil wir davon ausgehen, dass insbesondere werttheoretische Ansätze wesentliche Einsichten für die Analyse kapitalistischer Gesellschaften ermöglichen, halten wir diese kritische Stellungnahme für geboten. Es geht uns nicht um eine Wahrheitspolitik im Sinne der richtigen Interpretation der Marxschen Kategorien, sondern um die Betonung von theoretischen Erkenntnissen vergangener Auseinandersetzungen, die wir für richtungweisend halten.

### **1. Werttheorie kann ein zentrales Verhältnis kapitalistischer Gesellschaften erklären, aber nicht »das Ganze«**

Es gehört zu den zentralen Einsichten einer kritischen, historisch-materialistischen Gesellschaftstheorie, dass unter den gegebenen kapitalistischen Verhältnissen »ihre eigne gesellschaftliche Bewegung« für die Menschen »die Form einer Bewegung von Sachen [annimmt], unter deren Kontrolle sie stehen statt sie zu kontrollieren« (MEW 23, 89). Die emphatische Darstellungsabsicht der Marxschen Arbeitswerttheorie als Form- und Fetischtheorie liegt somit darin, die zentralen Kategorien der bürgerlichen Ökonomie wie Geld, Profit oder Zins gegenüber dem Schein vorgegebener *Sachverhältnisse* als soziale, historisch spezifische Praxis zu dechiffrieren. Es geht mit dieser Darstellungsabsicht also darum, die den herrschenden ökonomischen Formkategorien zugrundeliegenden Herrschafts-, Ausbeutungs- und Ungleichheitsverhältnisse offenzulegen. Umgekehrt bedeutet dies zugleich, eine Antwort darauf zu geben, wie eine Gesellschaft, die durch das Privateigentum an Produktionsmitteln, unkoordinierte Privatproduktion, Lohnarbeit, Markt und Konkurrenz geprägt ist, überhaupt zusammengehalten werden kann. In der Wertform, wie sie sich im Geld ausdrückt, werden die bestehenden gesellschaftlichen Widersprüche nicht gelöst, sondern »prozessierbar« gemacht. Die Wertform ist eine Bewegungsformen dieser Widersprüche und kein auf Dauer gestelltes, stabiles Arrangement, was in den wiederkehrenden Krisenprozessen deutlich zum Vorschein kommt.

Ein zentraler Erkenntnisgewinn der marxistischen Diskussionen vor allem der 70er Jahre war es, herausgearbeitet zu haben, dass die gesellschaftlichen Widersprüche nicht allein durch die Wertform prozessiert werden, sondern dass daneben auch die politische sowie die Rechtsform von zentraler Relevanz sind. Gegenüber einem vielfach wiederkehrenden Missverständnis in dieser Debatte wurde zudem darauf hingewiesen, dass die politische Form wie auch die Rechtsform nicht aus der »ökonomischen Form« abgeleitet, und somit dieser nachgeordnet sind, sondern, dass die genannten sozialen Formen allesamt ihren Begründungszusammenhang in den herrschenden *gesellschaftlichen* Produktionsverhältnissen haben.

### **2. Recht, Staat, Ökonomie stehen in einem Trennungs-Verbindungs-Verhältnis**

Die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsverhältnisse bewegen sich somit in Wertform, politischer Form und Rechtsform, diese folgen jedoch einer je »eigenen Logik« und sind nicht aufeinander reduzierbar. Mit anderen Worten: Recht/Staat/Ökonomie sind nicht dasselbe, ihre Trennung ist vielmehr das Spezifikum des Kapitalismus. Gleichwohl stehen die sozialen Formen in einem *spezifischen Trennungs-Verbindungs-Verhältnis* zueinander, nur hierdurch gelingt es, die Prozessierung der Widersprüche zu gewährleisten. So wenig die politische Form aus der Wertform abgeleitet werden kann, so wenig lässt sich folgern, dass alles »Staat« ist. Vielmehr ist gerade die Besonderheit der jeweiligen sozialen Form zu analysieren. Die *Verkopplung* der Rechtsform mit dem staatlichen Gewaltmonopol etwa, ist *ein* – raumzeitlich begrenztes – Merkmal des modernen Rechts, nicht jedoch sein definierendes ›Wesen‹; man käme wohl auch kaum auf die Idee, über die staatliche Garantie der Geldwertkonvertibilität zu schlussfolgern, Staat und ›Ökonomie‹ fielen in eins. Das Erkämpfen sozialer Rechte ist so wenig eine Fürbitte an den Staat, wie der Kampf um andere Produktionsverhältnisse eine Wunschliste an die kapitalistischen Unternehmen darstellt. Die Identität von Staat und Recht zu behaupten, ist Sache der konservativen Staatsrechtslehre, nicht die einer kritischen Theorie.

### **3. Das Denken in Nebenwidersprüchen ist hoffnungslos überholt**

Wichtig ist uns jedoch auch, als Ergebnis der vielfältigen Kritiken und Auseinandersetzungen der letzten Jahrzehnte festzuhalten, dass mit den sozialen Formen, oder mit einer Formanalyse, nicht alles erklärt ist, sondern dass andere Herrschaftsverhältnisse genauso gesellschaftsstrukturierend zu denken sind: vor allem Geschlechterverhältnisse, race relations, Heteronormativität, Antisemitismus. Denn mit der Überwindung der aus den kapitalistischen Produktionsverhältnissen resultierenden Herrschaftsverhältnisse ist keinesfalls automatisch verbunden, dass diese Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse sich gleichzeitig von der Weltbühne verabschieden. Formanalyse muss sich somit ihrer Grenzen bewusst sein.

### **4. Unterschiedliche Kapitalismen erfordern unterschiedliche Formen des Kampfes**

Die Herausarbeitung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Formen bezieht sich nur auf allgemeine Strukturmerkmale kapitalistischer Gesellschaften und sagt noch relativ wenig über historisch konkrete Gesellschaftsformationen aus. Bleibt man bei der abstrakten Analyse der Form stehen, können die Differenzen, die der Kapitalismus in Raum und Zeit herausbildet, nicht gesehen werden. Um diese Differenzen hervorzuheben spricht die Regulationstheorie von Kapitalismen und nicht von ›dem Kapitalismus‹. Das Verhältnis von Struktur und Handlung ist nicht nach einer Seite hin aufzulösen, es bleibt vielmehr ein Vermittlungsverhältnis. Das heißt zum Beispiel, dass die Akteur\_innen nie nur Charaktermasken, oder Strukturfunktionär\_innen sind, sondern auch mit Optionen und Strategien versehene Subjekte. Mit anderen Worten: Es ist zwar nicht alles möglich, weil die Formen und die sedimentierten Kräfteverhältnisse einen Rahmen geben, aber innerhalb des Möglichen gibt es unendliche Variationen. Strukturprinzipien strukturieren unsere Handlungen, diese wirken aber gleichzeitig auf die Strukturprinzipien zurück und verändern sie. Marx' Materialismus unterschied sich vom klassischen Materialismus durch seinen zentralen Bezug auf Praxis (Arbeit), hierdurch gelang es, die Dualität von materieller und ideeller Welt zu

überwinden und Geschichte (also Veränderung) zu denken. Die raumzeitlichen Unterschiede des Kapitalismus sind ausgesprochen wichtig zum Verständnis gesellschaftlicher Konstellationen. Kämpfe werden im Fordismus anders geführt als im Postfordismus und in Frankreich anders als in Deutschland, ganz zu schweigen von Regionen, in denen sich aus unterschiedlichen Gründen keine bürgerlichen Gesellschaften herausgebildet haben. Zu erklären sind diese Unterschiede aus den verschiedenen kulturellen, politischen und ökonomischen Kräfteverhältnissen. Zu den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen zählen nicht nur die Klassenverhältnisse, sondern etwa auch Geschlechterverhältnisse und gesellschaftliche Naturverhältnisse. Will man die Bedingungen für emanzipatorische Kämpfe verstehen, ist eine Analyse dieser Kräfteverhältnisse und Traditionen unumgänglich.

## 5. Gegen theoretischen Größenwahn

Als Konsequenz aus den vorangegangenen Thesen folgt eine notwendige Offenheit für unterschiedliche theoretische Ansätze. Die Komplexität, mit der sich eine heutige Herrschaftsanalyse konfrontiert sieht, lässt sich nicht mit *einem* theoretischen Ansatz, und sei er auch noch so elaboriert, einfangen. Diskussionsbeiträge, die als einzige Prämisse das Postulat der Reinheit der Lehre zulassen, sind einem autoritärem Denken verhaftet, das jedes Nicht-Identische zwanghaft ausschließen muss. Eine Konzentration auf die ›Entlarvung‹ konträrer Positionen als nicht systemsprengend ist unproduktiv und moralistisch. Kritische Theorie hingegen kann von der Vielfalt theoretischer Paradigmen (post-operaistischer wie post-strukturalistischer Provenienz, als auch feministischer, queerer oder post-kolonialer Ansätze) profitieren und die eigene Perspektive erweitern. Die sorgfältige Diskussion und Kritik der jeweiligen Prämissen und Argumente sowie der jeweiligen Situiertheit der Positionen ist dabei eine Selbstverständlichkeit. Eine solche Theorie-Praxis wäre am ehesten in der Lage, zu einem kollektiven Projekt zur Überwindung aller Herrschaftstechnologien beizutragen und Kritik auf Dauer zu stellen.

## 6. Kritische Theorie ist ohne empirische Sozialforschung nicht möglich

Die Marxsche kritische Sozialforschung, die sich in unzähligen Zeitungsartikeln, aber auch historischen Analysen äußerte, basierte auf der präzisen und sorgfältigen Auseinandersetzung mit der empirischen Realität seiner Zeit. Theorie alleine kann keine gesellschaftlichen Realanalysen liefern. Gerade wenn kapitalistische Gesellschaften sich durch grundlegende Unterschiede in Raum und Zeit, durch vielfältige Strukturprinzipien und Kämpfe auszeichnen, so ist die Notwendigkeit einer Vielzahl von genauen empirischen Untersuchungen evident. Darüber hinaus hat die Transnationalisierung der Kräfteverhältnisse und sozialen Formen ein für alle mal einen national bornierten Analyserahmen ad acta gelegt. Es lässt sich heute nicht mehr von ›Recht‹, ›Staat‹, ›Imperialismus‹ oder ›Weltmarkt‹ reden, ohne die Europäische Union, die WTO, G8, ASEAN, Mercosur etc. zur Kenntnis zu nehmen. Am Beispiel der EU wird besonders deutlich, dass sich ein neuer Machtapparat herausgebildet hat, der sich konsequent durch seine technokratische und elitäre Beschaffenheit gegen ein unmittelbares Verständnis abschottet. Gerade deswegen sollten wir zur Verstehbarkeit der Verhältnisse durch militante Untersuchungen beitragen.

## 7. Der Dualismus von Reform und Revolution ist Schnee von gestern

Eine schematische Gegenüberstellung von Reformismus auf der einen Seite und Revolution auf der anderen ist nicht mehr zeitgemäß, weil sie die Erfahrungen emanzipatorischer Bewegungen außer Acht lässt. Beide großen Bewegungen der Arbeiter\_innen des 19. und 20. Jahrhunderts, Sozialdemokratie und Kommunismus, sind letztlich an ihrer Staatsfixiertheit gescheitert. Zu dieser Fixiertheit zählt auch das Missverständnis, die erzielten sozialpolitischen Verbesserungen wären vom Staat gewährt worden. Tatsächlich wurden sie gesellschaftlich erkämpft. Beide Bewegungen konzentrierten ihre Aktionen auf den Staat und betrachteten ihn als Instrument zur Befreiung der außerhalb des Staates stehenden »Massen«. Die sozialdemokratische Vorstellung führte zur Diktatur der Experten, die stalinistische zum Despotismus. Der Staat ist aber kein Instrument, das man sich aneignet, er ist keine Festung, die man stürmen könnte, sondern ein soziales Verhältnis, in dem sich gesellschaftliche Machtverhältnisse verdichten (Poulantzas). In der Vorstellung des Staates als zu stürmender Festung zeigt sich ein Staatsverständnis, das den Formwandel bürgerlicher Herrschaft nicht berücksichtigt. Wenn also die Frage beantwortet werden soll, warum die Revolution im Westen ausgeblieben ist, muss sich der Tatsache gestellt werden, dass der bürgerliche Staat keinen Winterpalast hat. Hegemonie lässt sich nicht erstürmen. Der Formwandel bürgerlicher Herrschaft impliziert eine viel subtilere Form der Macht, die sich bis in die feinsten Gesten des Subjekts hinein verlagert - »keine kleine simple Maschinerie« (Foucault). Und auch das Subjekt lässt sich nicht aufklärerisch erstürmen, indem ihm erklärt wird, dass alles was ist, keinen Wert hat, weil es auf dem Verwertungszwang beruht. Es ist selbst Teil der Konstellation und hält durch seine Handlungen den Reproduktionszusammenhang aufrecht – nicht weil es nicht wüsste, dass unsere Gesellschaft auf Ausbeutung beruht, oder weil es Angst vor Repression hätte, sondern weil die Subjekte in einer spezifischen Form normalisiert sind und die hegemoniale Weltanschauung die Situation alternativlos erscheinen lässt. Die abstrakte Aufklärung wird in dieser Situation zum linksradikalen Wort zum Sonntag. In der Position der moralischen Überlegenheit des Wissenden zeigt sich die eigene Marginalisierung, die sich gegenüber Erfahrungen immunisiert. Die Kämpfe der Frauenbewegung haben gezeigt, dass Emanzipation ein langer und beschwerlicher Prozess ist. Die Vorstellung einer Revolution, die über Nacht die Verhältnisse dreht, so dass alles gut wird, ist absurd und erinnert eher an religiöse Heilsversprechungen. Das heißt auch, dass ein langwieriger Kampf um Hegemonie zugleich die Transformation von unzähligen herrschaftsförmigen Mikropraktiken einschließen muss. Die auf diesem Weg zu erzielenden Verbesserungen liegen – ohne Zweifel – unterhalb der Schwelle der Weltrevolution, können aber die Ausgangsbedingungen der Auseinandersetzungen um eben diese erheblich verbessern.